

Öffentliche Sitzung

- 3 Organisatorische/bauliche Veränderungen an den Gesamtschulen in Rheindorf und Schlebusch  
- Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 02.03.13  
2088/2013  
Bau- und Planungsausschuss am 22.04.2013:

Rh. Quatz (BÜRGERLISTE) begründet den Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE. Rh. Pockrand (SPD) für die Fraktion SPD und Rh. Wölwer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) für die Fraktionen CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Die Unabhängigen verweisen auf den in der letzten Ratssitzung gefundenen Gesamtkonsens und lehnen für ihre Fraktionen einzelne Beschlüsse in dieser Thematik ab.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

dafür: 2 (BÜRGERLISTE)  
dagegen: 15 (5 CDU, 4 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 FDP,  
1 Die Unabhängigen, 1 pro NRW, 1 OP)

Schulausschuss am 22.04.2013:

Rh. Küchler (SPD) hält die Maßnahme im Schuljahr 2014/15 für nicht realisierbar und plädiert für die Prüfung einer dritten Gesamtschule.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

dafür: 2 (BÜRGERLISTE)  
dagegen: 15 (5 CDU, 4 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 FDP, 1 Die Unabhängigen, 1 Dr. Becker, 1 pro NRW)

Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I am 29.04.2013:

Beschlussempfehlung an den Rat:

---

Persönliche Notizen:

Wie Antrag

dafür: 4 (3 BÜRGERLISTE, 1 DIE LINKE)

dagegen: 11 (4 CDU, 4 SPD, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 FDP, 1 pro  
NRW)

Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III am 02.05.2013:

Die Ergebnisse werden nachgereicht.

---

- 4 Verlängerung der Arbeitsverträge der Schulsozialarbeiter/innen  
- Antrag der Fraktionen CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Die Unabhän-  
gigen vom 07.03.13  
- m. Stn. v. 02.04.13

- Dieser TOP wird von der Tagesordnung abgesetzt  
2091/2013

Kinder- und Jugendhilfeausschuss am 18.04.2013:

RH. Schoofs (BÜRGERLISTE) beantragt die Aufnahme entsprechender Mittel  
im Städt. Etat.

Der Antrag wird bei einer Stimme dafür (BÜRGERLISTE) und zwei Enthaltun-  
gen (Sonstige) abgelehnt.

Rh. Stefan Heibel (CDU) stellt mündlich einen Ergänzungsantrag (Absatz zwei  
der Beschlussempfehlung).

Der Ausschuss stimmt über den Antrag inkl. Ergänzungsantrag ab und gibt fol-  
gende

Beschlussempfehlung an den Rat:

Die Verwaltung prüft die unbefristete Verlängerung der Arbeitsverträge der –  
mithilfe der Finanzierung über das Bildungs- und Teilhabepaket – 2012 für zwei  
Jahre zunächst befristet eingestellten 13 Schulsozial-arbeiter/innen.

---

Persönliche Notizen:

Die Verwaltung wird beauftragt, sich um eine möglichst unbefristete Verlängerung der Arbeitsverträge der befristet eingestellten 13 Schulsozialarbeiter/innen zu bemühen. Dazu nimmt sie direkt Kontakt mit der Landesregierung auf, die sich wiederum für eine Verlängerung des Programms „Bildung und Teilhabe“ stark macht. Gemeinsam muss eine Lösung gefunden werden, wie die Finanzierung der Stellen über die jetzige Befristung bis 31.12.13 hinaus gesichert werden kann.

- einstimmig -

- einstimmig -

Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Senioren am 22.04.2013:

Eine Abstimmung über den Antrag 2091/2013 ist nicht mehr erforderlich, da bereits über den Antrag 2148/2013 abgestimmt worden ist.

Schulausschuss am 22.04.2013:

Rh. Marewski (CDU) sieht den Antrag mit der Stellungnahme der Verwaltung als erledigt an

---

Verlängerung der Arbeitsverträge der Schulsozialarbeiter/innen  
- Änderungsantrag der Fraktionen CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Die Unabhängigen vom 19.04.13 zum Antrag Nr. 2091/2013  
2148/2013

Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Senioren am 22.04.2013:

Frau Schmitz (BÜRGERLISTE) beantragt zunächst die Aufnahme entsprechender Mittel im städtischen Etat.

dafür: 2 (BÜRGERLISTE)

dagegen: 16 (6 CDU, 4 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 FDP,  
1 Die Unabhängigen, 1 pro NRW, 1 OP)

Rf. Lux (SPD) beantragt folgende Ergänzung des Antrages:

Die Stadt Leverkusen schließt sich den Forderungen von Städte- und Gemeindebund und den Verbänden an und appelliert in einem eigenen Schreiben (wie

---

Persönliche Notizen:

bereits viele andere Kommunen) an die Bundesregierung, den Bundestag und den Bundesrat, die Finanzierung der Schulsozialarbeit über das Bildungs- und Teilhabepaket über das Jahr 2013 hinaus weiterzuführen.

Der Antragsteller ist mit dieser Ergänzung einverstanden.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag inkl. o.g. Ergänzung

- einstimmig

Schulausschuss am 22.04.2013:

Rh. Marewski (CDU) verdeutlicht, dass der weitere Einsatz von Schulsozialarbeiter/innen dringend notwendig ist.

Rh. Küchler (SPD) weist daraufhin, dass die Schulsozialarbeiter/innen auf Dauer gebraucht werden. Die Finanzierung obliegt dem Bund. Daher schlägt Rh. Küchler (SPD) vor, den Antragstext vor dem letzten Satz wie folgt zu ergänzen:

Die Stadt schließt sich der Forderung der kommunalen Spitzenverbände an und appelliert an die Bundesregierung, den Bundestag und den Bundesrat die Finanzierung der Schulsozialarbeiter mit Hilfe des Bildungs- und Teilhabepakets über das Jahr 2014 hinaus weiterzuführen.

Die Mitglieder des Schulausschusses stimmen dem Ergänzungsvorschlag zu.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag mit o.g. Ergänzung

dafür: 16 (5 CDU, 4 SPD, 2 BÜRGERLISTE, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 FDP, 1 Die Unabhängigen, 1 Dr. Becker)  
Enth.: 1 (pro NRW)

---

Persönliche Notizen:

- 5 Jahresabschluss 2012 der KulturStadtLev (KSL)  
2107/2013  
Betriebsausschuss KulturStadtLev am 23.04.2013:

Beschluss: zu Ziffer 3.

Der Betriebsleitung der KSL wird Entlastung erteilt.

- einstimmig -

Betriebsausschuss KulturStadtLev am 23.04.2013:

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage zu den Ziffern 1. und 2.

- einstimmig -

- 
- 6 Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums  
1992/2013

Integrationsrat am 16.04.2013:

Herr Goudoulakis beantragt für Inter-Lev, dass der Integrationsrat der Verwaltungsvorlage mit der Einschränkung bzw. unter den Maßgaben zustimmt:

- dass der letzte Satz der Verwaltungsvorlage im Abschnitt B der Schnellübersicht „*Unterbringung der Mitarbeiter/innen im VG Goetheplatz bereits komplett im HH etatisiert, daher keine zusätzlichen Kosten*“ gestrichen wird und
- dass das KIZ und der Integrationsrat in räumlicher Nähe untergebracht werden, damit die bisher direkte und reibungslose Zusammenarbeit fortgesetzt werden kann.

Herr Adomat erklärt für die Verwaltung, dass die räumliche Unterbringung mit dem Vorstand des Integrationsrates abgestimmt wird und sicher eine einvernehmliche Lösung erzielt werden kann.

Er hat keine Bedenken, den besagten Satz aus der Vorlage zu streichen.

---

Persönliche Notizen:

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage mit der Ergänzung des Antrages von Inter-Lev abstimmen.

- einstimmig -

Bürger- und Umweltausschuss am 18.04.2013:

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage mit folgender Ergänzung:

- Der letzte Satz der Verwaltungsvorlage im Abschnitt der B der Schnellübersicht „*Unterbringung der Mitarbeiter/innen im VG Goetheplatz bereits komplett im HH etatisiert, daher keine zusätzlichen Kosten*“ wird gestrichen und
- das KIZ und der Integrationsrat werden in räumlicher Nähe untergebracht, damit die bisher direkte und reibungslose Zusammenarbeit fortgesetzt werden kann.

dafür:                    15 (4 CDU, 4 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 2 Bürgerliste 1 FDP, 1 Die Unabhängigen, 1 OP )  
dagegen:                1 (pro NRW)

Kinder- und Jugendhilfeausschuss am 18.04.2013:

Beschlussempfehlung an den Rat:

- wie Vorlage in der Fassung der Beschlussempfehlung des Integrationsrates am 16.04.2013:

- einstimmig -

Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Senioren am 22.04.2013:

Beschlussempfehlung an den Rat:

---

Persönliche Notizen:

Wie Beschlussempfehlung des Integrationsrates in der Sitzung vom 16.04.2013

- einstimmig

Schulausschuss am 22.04.2013:

Rh. Marewski (CDU) schlägt vor, mit folgenden Änderungen, wie im Integrationsrat am 16.04.13, abzustimmen:

- der letzte Satz der Verwaltungsvorlage im Abschnitt B der Schnellübersicht „*Unterbringung der Mitarbeiter/innen im VG Goetheplatz bereits komplett im HH etatisiert, daher keine zusätzlichen Kosten*“ wird gestrichen und
- das KIZ und der Integrationsrat werden in räumlicher Nähe untergebracht, damit die bisher direkte und reibungslose Zusammenarbeit fortgesetzt werden kann.

Die Mitglieder des Schulausschusses schließen sich diesem Vorschlag an.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage mit den vorgenannten Änderungen

dafür: 16 (5 CDU, 4 SPD, 2 BÜRGERLISTE, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 FDP, 1 Die Unabhängigen, 1 Dr. Becker)  
dagegen: 1 (pro NRW)

- 
- 7 Untersuchungsmaßnahmen ehemalige Ziegelei-Standorte in Leverkusen-Rheindorf  
- m. Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 11.04.13  
- m. Stellungnahme v. 15.04.13  
2134/2013

Bürger- und Umweltausschuss am 18.04.2013:

Die Verwaltung wird beauftragt bis zur Sitzung der Bezirksvertretung I zu prüfen, ob Rh. Schoofs in dieser Thematik befangen ist.

Stellungnahme der Verwaltung:

---

Persönliche Notizen:

Nach Überprüfung durch die Verwaltung ist Rh. Schoofs (Bürgerliste) nicht unmittelbar betroffen und damit in dieser Thematik nicht befangen.

Beschlussempfehlung an den Rat:

wie Antrag

dafür: 2 (BÜRGERLISTE)

dagegen: 15 (5 CDU, 4 SPD, 2 BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, 1 FDP, 1 Die Unabhängigen, 1 pro NRW, 1 OP)

Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I am 29.04.2013:

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

dafür: 4 (3 BÜRGERLISTE, 1 DIE LINKE)

dagegen: 11 (4 CDU, 4 SPD, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 FDP, 1 pro NRW)

---

Persönliche Notizen:

Nichtöffentliche Sitzung

- 4 Grundstücksveräußerung Gewerbeteilflächen von-Ketteler-Straße, Overfeldweg  
und Eifelstraße  
2112/2013

Bezirksvertretung für den Stadtbezirk II am 30.04.2013:

Rf. von Styp-Rekowski (CDU) stellt fest, dass bei einem Umbau des Kammann-  
Geländes in Bürrig die vorhandenen Parkplätze auf der von-Ketteler-Straße vor  
der Firma Kammann bestehen bleiben.

Herr Krampf (SPD) weist darauf hin, dass die Verwaltung im Rahmen des Be-  
bauungsplanverfahrens zugesichert habe, die städtischen Forderungen, die  
nicht über Planungsrecht abgesichert werden können, im Rahmen eines Durch-  
führungsvertrages mit dem Investor zu vereinbaren. In diesem Zusammenhang  
möchte er von der Verwaltung wissen, ob in dem Grundstückskaufvertrag inso-  
fern auf den Durchführungsvertrag Bezug genommen wird, als das Grund-  
stücksgeschäft vom Abschluss und der Umsetzung des Durchführungsvertra-  
ges abhängig gemacht wird. Die Verwaltung sagt eine Prüfung bis zur Sitzung  
des Finanzausschusses am 06.05.13 zu.

Beschlussempfehlung an den Finanzausschuss:

Wie Vorlage

- einstimmig -

---

Persönliche Notizen: